

# POLIS 180

GRASSROOTS-THINKTANK FÜR  
AUSSEN- UND EUROPAPOLITIK



**Visionen als Schlüssel  
zu einer neuen Außenpolitik:**

**Perspektiven aus der Generation Z(eitenwende)**

von Lena Wittenfeld und Etienne Höra

**Eine Generation Z (eigenwende), die Außenpolitik fast ausschließlich als Abfolge von Krisen kennt, braucht mehr als laufende Lageberichte. Sie braucht die Vorstellung, dass eine andere Welt möglich ist.**

**Ihre Erfahrungen, Perspektiven und ihr Wissen sind besonders relevant für eine Neudefinition der deutschen Außenpolitik und für außenpolitische Zukünfte. Kollaborativ entstehende Visionen sind hierbei der Schlüssel.**

**Was junge Menschen aus verschiedenen Perspektiven und entlang unterschiedlicher Themen als wünschenswerte Zukunft entwerfen, verdichtet sich zu einem übergreifenden Zukunftsbild: Deutsche Außenpolitik sollte gesamtgesellschaftlich getragen, demokratisch mitgestaltet, resilient, sozial abgesichert, normativ fundiert und selbstkritisch-divers sein.**



# **Visionen als Schlüssel zu einer neuen Außenpolitik:**

## **Perspektiven aus der Generation Z (eitenwende)**

**von Lena Wittenfeld und Etienne Höra**

# Executive Summary

## HINTERGRUND UND ERKENNTNISINTERESSE

Für viele junge Menschen – die Generation Z(eitenwende) – ist Außenpolitik fern, komplex und diffus bedrohlich. Übergreifende Visionen einer wünschenswerten Zukunft fehlen weitgehend. Dabei sind diese gerade für junge Menschen zentral: Sie müssen am längsten mit den Konsequenzen außenpolitischer Entscheidungen leben, von der Wiedereinführung des Wehrdienstes bis hin zum schuldenfinanzierten Sondervermögen zur Aufrüstung der Bundeswehr. Visionen, die durch partizipative und ko-kreative Prozesse entstehen, bieten Raum für Aushandlungsprozesse und ermöglichen es, breite Gesellschaftsgruppen hinter gemeinsamen Zielen zu versammeln.

Unser Projekt Generation Z(eitenwende): Junge Perspektiven auf Außen- und Europapolitik<sup>1</sup> hat zum Ziel, Perspektiven junger Menschen durch empirische Grundlagenforschung und kokreative Prozesse sichtbar zu machen und in den politischen Diskurs zu tragen. Nach einer ersten fokusgruppenbasierten Studie<sup>2</sup> stellt dieser Bericht die Ergebnisse eines partizipativen Visionsprozesses mit jungen Expert\*innen vor.



## ZENTRALE ERGEBNISSE

Der Bericht stellt Visionen und Empfehlungen zu fünf thematischen Schwerpunkten vor: gesamtgesellschaftliche Sicherheit, hybride Bedrohungen, außenpolitische Teilhabe, globale Partnerschaften und Völkerrecht. Darüber hinaus werden Grundlagen einer Vision für die deutsche Außenpolitik entwickelt:

- **Inklusive Beteiligung:** Außenpolitik wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden. Die Zivilgesellschaft gilt als gleichwertige Partnerin. Junge Menschen werden proaktiv beteiligt und erfahren hierdurch Selbstwirksamkeit.
- **Erweiterter Sicherheitsbegriff:** Sicherheit zielt auf den Schutz der Gesellschaft und ihrer Mitglieder und schließt die Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat gegen äußere wie innere Bedrohungen ein. Dies ist mit gesellschaftlicher Resilienz und der Reduktion kritischer Abhängigkeiten verknüpft.
- **Soziale Sicherheit als Fundament:** Innen- und Außenpolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Ein starker Sozialstaat ist Grundlage echter Beteiligung und Sicherheit. Debatten, die Rüstungs- gegen Sozialausgaben ausspielen, sind deshalb nicht zielführend. Am Beispiel der Klimakrise wird deutlich, wie Sicherheits-, Sozial- und Außenpolitik verflochten sind.
- **Normativ-wertebasiertes Handeln:** Das Völkerrecht bildet den Maßstab außenpolitischen Handelns, was sich in einer feministischen, menschenrechtsorientierten Außenpolitik widerspiegelt. Dazu gehört die Bereitschaft, für eigene Werte wirtschaftliche und politische Kosten zu tragen, sowie die konsequente Benennung von Völkerrechtsverstößen.

•

# Deutsche Außenpolitik sollte gesamtgesellschaftlich getragen, demokratisch mitgestaltet, resilient, sozial abgesichert, normativ fundiert und selbstkritisch-divers sein. Kokreativ entstehende Visionen sind hierbei der Schlüssel.

•

- **Europäische Souveränität und multilaterale Reform:** Eine starke, souveräne EU ist die Grundlage für eine nachhaltige deutsche Außenpolitik. Das multilaterale System, insbesondere die Vereinten Nationen, muss grundlegend reformiert werden hin zu repräsentativeren Strukturen, gestärkten Rechtsmechanismen und kollektiver Friedenssicherung.

## AUSSENPOLITIK NEU DENKEN

Unsere Ergebnisse zeigen: Deutsche Außenpolitik sollte gesamtgesellschaftlich getragen, demokratisch mitgestaltet, resilient, sozial abgesichert, normativ fundiert und selbstkritisch-divers sein. Kokreativ entstehende Visionen sind hierbei der Schlüssel. Sie geben Orientierung, legitimieren Entscheidungen und ermöglichen es, breiten Gesellschaftsgruppen, insbesondere auch jungen Menschen, gemeinsame Ziele aufzuzeigen und eine Zukunft zu skizzieren, auf welche sie gemeinsam hinarbeiten können.



1 | Zum Projekt: „Wie blicken junge Menschen in Deutschland auf Außenpolitik?“

<https://polis180.org/projekte/generation-z-eitenwende/>



2 | Zur Studie: „Umbruch, Distanz, Verteilungskonflikte: Wie die Generation Z(eitenwende) auf Außenpolitik blickt“

<https://polis180.org/polisblog/2026/06/01/polis-paper-n-27-umbruch-distanz-verteilungskonflikte-wie-die-generation-zeitenwende-auf-aussenpolitik-blickt/>

# INHALT

## **4 EXECUTIVE SUMMARY**

---

## **7 1. EINLEITUNG**

---

Warum Außenpolitik jetzt Visionen braucht

## **8 2. METHODEN UND VORGEHEN**

---

## **10 3. AUSSENPOLITIK NEU GEDACHT**

---

Probleme, Visionen und konkrete Schritte zur Umsetzung

3.1 Gesellschaft inklusiv an Sicherheit beteiligen

3.2 Multidimensionale Bedrohungen zwischen Institutionen und Gesellschaft

3.3 Von Repräsentation zu Beteiligung: Außenpolitik gemeinsam gestalten

3.4 Globale Partnerschaften neu gestalten: middle powers als Schlüsselpartnerinnen

3.5 Ohnmacht und Verantwortung: Die Rolle des Völkerrechts und dessen Zukunft

## **22 4. BAUSTEINE FÜR EINE NEUE AUSSENPOLITISCHE VISION**

---

## **25 5. FAZIT**

---

Visionen als Schlüssel für eine neue Außenpolitik

# 1. Einleitung

## Warum Außenpolitik jetzt Visionen braucht

„Gab es in den letzten Jahren auch etwas Positives in der Außenpolitik?“ Wer 2026 in Deutschland 18 Jahre alt wird, hat eine regelbasierte, kooperative Weltordnung nie bewusst erlebt. Außenpolitik ist für diese Generation Z(eitenwende) geprägt durch eine Verkettung und Verdichtung internationaler Umbrüche und Krisen, die grundlegende Gewissheiten infragestellen.

Die Ergebnisse unserer Fokusgruppen zeigen, dass für viele junge Menschen Außenpolitik fern, komplex und diffus bedrohlich ist – so sehr, dass viele der Befragten bewusst vermeiden, sich damit auseinanderzusetzen. Übergreifende Visionen, die Vorstellungen von einer wünschenswerten Zukunft verkörpern, fehlen weitgehend. Dabei sind diese gerade für junge Menschen zentral: Sie müssen am längsten mit den Konsequenzen außenpolitischer Entscheidungen leben und sind gleichzeitig von vielen Einschnitten besonders stark betroffen, von der Wiedereinführung des Wehrdienstes bis hin zum schuldenfinanzierten Sondervermögen zur Wiederaufrüstung der Bundeswehr bei gleichzeitiger Budgetkürzung in anderen wichtigen Bereichen.

Die Perspektiven junger Menschen sind gleichzeitig ein Brennglas für breitere gesellschaftliche Fragen im Kontext der aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Umbrüche: Wie und mit welchem Ressourceneinsatz wollen wir die Welt um uns herum mitgestalten? Wer soll und kann welchen Beitrag leisten? Auf welche Ziele arbeiten wir kollektiv hin? Wer macht Außen- und Sicherheitspolitik, für wen und wer wird mitgedacht?

Visionen kommt bei der Beantwortung dieser Fragen eine wichtige Rolle zu: Sie sind Voraussetzung dafür, Wandel aktiv mitzugestalten, anstatt bloß inkrementell auf äußere Entwicklungen zu reagieren. Überzeugende Visionen motivieren dazu, sich gemeinsam für eine wünschenswerte Zukunft einzusetzen und stehen im Kontrast zur vielfach erfahrenen Machtlosigkeit angesichts der aktuellen Umbrüche in der internationalen Politik. Dabei bieten inklusive Visionen, die durch partizipative, kokreative Prozesse entstehen, Platz für Aushandlungsprozesse und zur Einbeziehung verschiedener Perspektiven und Bedürfnisse. So ermöglichen sie es, breite Gesellschaftsgruppen



hinter gemeinsamen Zielen zu versammeln – eine zentrale Aufgabe angesichts der Größe der aktuellen Herausforderungen. Vision geben Raum für ein Warum. Je spürbarer die Zeitenwende im täglichen Leben wird, desto wichtiger wird eine überzeugende Antwort auf die Frage nach dem Warum. Wenn umgekehrt offene Gesellschaften und demokratische Akteur\*innen Visionen vernachlässigen, überlassen sie entweder illiberalen, reaktionären und gewaltorientierten Ideen die Deutungshoheit über Zukunftsbilder oder in diesem Leerraum entsteht Zynismus.

Auch außenpolitische Institutionen können von Visionen profitieren. Sie legitimieren ihre Entscheidungen und betten sie in einen größeren Kontext ein. Dem politischen Betrieb, von Parlament bis Ministerien, fehlt im ständigen Krisenmodus die Zeit und die Kapazität, langfristige Prioritäten zu reflektieren. Visionen ermöglichen es, diese im Blick zu behalten und über Legislaturperioden hinaus zu denken. Sie müssen jedoch im Austausch mit verschiedenen Akteur\*innen aus verschiedenen Hintergründen und unter Einbezug der Gesellschaft entstehen. Länder wie Finnland nutzen visionsbasierte Ansätze seit Jahren erfolgreich, um ihre politische Planung zukunftsfest zu machen. Wichtig ist dabei: Langzeitorientierung bedeutet nicht, jedes Detail in Stein zu meißeln. Ständige Reflexion und Weiterentwicklung sind zentral, um Visionen relevant und attraktiv zu halten und sie an aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen anzupassen.



3 | Zum Projekt: „Wie blicken junge Menschen in Deutschland auf Außenpolitik?“  
<https://polis180.org/projekte/generation-z-eitenwende/>



4 | Zur Studie: „Umbruch, Distanz, Verteilungskonflikte: Wie die Generation Z(eitenwende) auf Außenpolitik blickt“  
<https://polis180.org/polisblog/2026/06/01/polis-paper-n-27-umbruch-distanz-verteilungskonflikte-wie-die-generation-zeitenwende-auf-aussenpolitik-blickt/>

Dieser Bericht ist Teil des Projekts Generation Z(eitenwende) – Wie blicken junge Menschen in Deutschland auf Außenpolitik?<sup>3</sup> Ziel des Projekts ist es, die Perspektiven junger Menschen sichtbar zu machen und in den politischen Diskurs zu tragen – durch empirische Grundlagenforschung und kokreative Prozesse, die von jungen Menschen für junge Menschen gestaltet werden. So wollen wir die Repräsentationslücke kleiner machen und Wege zu einer inklusiveren, partizipativeren und transformationsfähigeren Außenpolitik aufzeigen. Nach einer ersten fokusgruppenbasierten Studie „Umbruch, Distanz, Verteilungskonflikte: Wie die Generation Z(eitenwende) auf Außenpolitik blickt“<sup>3</sup> stellt dieser Bericht die Ergebnisse eines kokreativen Visionsprozesses mit jungen Expert\*innen vor.

## 2. Methoden und Vorgehen

Grundlage dieser Publikation sind verschiedene Gesprächs- und Workshopformate mit jungen Menschen. Im ersten Schritt wurden in Kooperation mit d|part vier Fokusgruppen mit jungen Menschen in Deutschland durchgeführt.<sup>5</sup> Die Ergebnisse dieser Fokusgruppen haben wir anschließend kokreativ im Rahmen von fünf politikfeldbezogenen Wochenendworkshops (Policy Labs) mit jeweils fünf bis zehn jungen Expert\*innen ausgewertet und weitergedacht: Welche Ideen und Visionen, aber auch welche Spannungen und Konfliktlinien gehen aus den Daten hervor? Diese Auswertung wurde dann Grundlage einer gemeinsam erdachten Vision für das jeweilige Politikfeld auf Basis der Kriterien Inklusion, Partizipation, Innovation/Transformationsfähigkeit und Solidarität, welche aus dem Polis180-Grassroots-Verständnis hervorgehen. Im letzten Schritt wurden konkrete Empfehlungen erarbeitet, um erste Schritte auf dem Weg zu diesen Visionen zu konkretisieren. Um Relevanz und Validität der Ergebnisse sicherzustellen, haben wir diese im Prozess mit externen Expert\*innen rückgekoppelt und wiederholt Plausibilitätsprüfungen durchgeführt, basierend auf folgenden Kriterien:

- **(Interne) Kohärenz (Stimmigkeit):** Gibt es Widersprüche in den Visionen? Ist die Wirklogik kohärent und plausibel? Sind die Empfehlungen untereinander kohärent?
- **Anschlussfähigkeit:** Passt die Visionen in die zugrundeliegenden Rahmenbedingungen? Sind die Empfehlungen gesellschaftlich anschlussfähig?
- **Legitimität:** Werden betroffene Gruppen einbezogen? Sind Gerechtigkeitsaspekte ausreichend berücksichtigt? Welche Rolle spielen die Werte Inklusion, Partizipation, Solidarität und Transformationsfähigkeit?
- **Handlungsleitfähigkeit und Zielklarheit:** Sind die Visionen konkret genug? Sind die Empfehlungen klar auf bestimmte Ziele und Ergebnisse ausgerichtet?

- **Ressourcenverfügbarkeit:** Welche Ressourcen werden benötigt (finanziell, institutionell, gesellschaftlich), um die Empfehlungen umzusetzen? Falls diese nicht zur Verfügung stehen, wie können sie beschafft werden?
- **Adressat\*innenbezug:** Gibt es klare Zuständigkeiten? Sind die Empfehlungen an die passenden Akteur\*innen adressiert?
- **„Risiken und Nebenwirkungen“:** Welche unbeabsichtigten Nebenfolgen können die Empfehlungen haben, wenn sie umgesetzt werden? Wie lassen sich diese eindämmen?



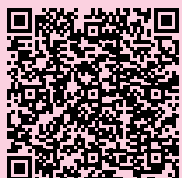
Die Auswahl der Themen für die Policy Labs wurde durch die Relevanz und Salienz der Themen in den Fokusgruppen bestimmt sowie durch ihre Relevanz im breiteren gesellschaftlichen Diskurs zu Außen- und Europapolitik.<sup>6</sup> Die Frage, welche Rolle die Gesellschaft jenseits klassisch außenpolitischer Institutionen im jeweiligen Politikfeld spielt und spielen könnte, wurde ebenfalls bei der Themenauswahl berücksichtigt.



Das gesamte Projekt wurde durch ein Sounding Board aus Vertreter\*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen im Feld junge Menschen und Außenpolitik begleitet und beraten, etwa in Bezug auf Forschungsfragen und -design.



5 | Die Methodik und Zusammensetzung der Gruppen ist genau beschrieben in Etienne Höra, Lena Wittenfeld und Tobias Spöri, „Umbruch, Distanz, Verteilungskonflikte: Wie die Generation Z(eitenwende) auf Außenpolitik blickt“, herausgegeben von Polis180 e. V. (01.06.2026), S. 6



Zur Publikation: <https://polis180.org/polisblog/2026/06/01/polis-paper-n-27-umbruch-distanz-verteilungskonflikte-wie-die-generation-zeitenwende-auf-aussenpolitik-blickt/>

6 | siehe u.a. forsa., „Meinungen zur Außenpolitik 2025. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung im Auftrag der Körber-Stiftung. Tabellenband“, S. 7; und Timo Graf, „Deutschland in der militärischen Führungsrolle? Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland“, herausgegeben vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (10.07.2025), S. 8.

# 3. Außenpolitik neu gedacht

## Probleme, Visionen und konkrete Schritte zur Umsetzung

Angesichts der aktuellen Umbrüche und Krisen muss Außenpolitik neu gedacht werden. Inkrementelles Anpassen wird dem Ausmaß der Veränderungen nicht gerecht. Bestehende Strukturen können dies alleine kaum leisten, da sie in erster Linie reaktiv und dabei oft auch stark am Status quo orientiert sind. Für eine proaktive, wirkungsvolle Außenpolitik braucht es deshalb neue Impulse aus der Gesellschaft. Außenpolitik neu zu denken bedeutet, neu zu definieren, wo Außenpolitik hinführen soll und welche Visionen dahinterstehen. Hierfür müssen Probleme klar benannt und Ziele mutig formuliert werden. Erst dann lassen sich Schritte zur Umsetzung konkretisieren. Unsere Policy Labs waren der Raum hierfür.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der fünf Policy Labs vorgestellt. Die verschiedenen Policy Labs sind miteinander verflochten, ebenso wie die Politikfelder, die in ihnen diskutiert wurden. Diese enge Verknüpfung zwischen den verschiedenen (außen-)politischen Sphären zeigt sich sowohl in den Diskussionen, den formulierten Visionen als auch in den Empfehlungen.

●

**Außenpolitik  
neu zu denken  
bedeutet, neu zu  
definieren, wo  
Außenpolitik  
hinführen soll**

●

### 3.1 GESELLSCHAFT INKLUSIV AN SICHERHEIT BETEILIGEN

#### PROBLEMSTELLUNG

Sicherheitspolitische Herausforderungen vergrößern und verdichten sich. Um sie erfolgreich zu bewältigen und Schutz effektiv zu gewährleisten, muss eine Vielzahl an Akteur\*innen zusammenwirken, von klassischen Sicherheitsbehörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene über die Blaulichtorganisationen (wie Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, das Technische Hilfswerk (THW) und Hilfsorganisationen) bis hin zu den Bürger\*innen als Individuen. Verantwortungsdiffusion, unklare Zuständigkeiten und bürokratische Hindernisse stehen dem jedoch häufig im Weg, etwa in der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Darüber hinaus sind Ziele, Strategien und Handlungsweisen dabei vielfach veraltet und nicht an die Sicherheitsbedürfnisse einer modernen, vielfältigen Gesellschaft angepasst, sowohl mit Blick auf potenzielle Beiträge der Gesellschaft als auch auf Schutzziele. Beispielsweise sind Menschen mit körperlichen Einschränkungen oder Menschen mit geringen Deutschkenntnissen oft kaum berücksichtigt. Ebenso fehlt teilweise noch eine Anpassung an neue multidimensionale Bedrohungen (s. auch 3.2).

Der Diskurs rund um Sicherheit ist polarisiert und stark auf den militärischen Aspekt verengt, wie sich etwa an der Debatte um die Wiedereinführung des Wehrdienstes zeigt. Insbesondere junge Menschen erleben hier Machtlosigkeit und Frustration, denn ihre Perspektiven finden wenig Gehör. Die Polarisierung, die sich dadurch ergibt, macht es schwieriger, Sicherheit umfassend als gemeinsame Aufgabe anzugehen. Die grundsätzliche Bereitschaft vieler junger Menschen, sich im Krisenfall im zivilen Bereich zu engagieren, etwa bei der Feuerwehr, dem THW oder in Krankenhäusern, wird davon überdeckt und gehemmt. Durch veraltete Rollenbilder von den verschiedenen Institutionen gehen Potenziale verloren, etwa wenn bestimmte Bevölkerungsgruppen weniger Zugang zu Engagementmöglichkeiten im Zivilschutz finden. Gleichzeitig bleibt die grundlegende preparedness in der

Bevölkerung lückenhaft, sowohl mit Blick auf konkrete Vorbereitungen wie etwa Vorratshaltung (designed preparedness) als auch was Fähigkeiten und Wissen anbelangt (learned preparedness). Dahinter steht ebenfalls ein verbreitetes Gefühl von Ohnmacht und Ausgeliefertsein gegenüber Krisen. Angesichts eines schwindenden Vertrauens in die staatliche Vorsorgefähigkeit denken Bürger\*innen Sicherheit oft eher in Konkurrenz zueinander als kooperativ, etwa wenn Personen, die es sich leisten können, in Notstromaggregate für ihre individuelle Vorsorge investieren, während weniger wohlhabende Personen weniger Möglichkeiten haben, sich auf Krisen vorzubereiten. Dies wirft Gerechtigkeits- und Akzeptanzprobleme auf und vertieft bestehende Ungleichheiten. Gleichzeitig fehlt gerade vielen jungen Menschen ein übergeordnetes Ziel von Sicherheit und Verteidigung: Wofür lohnt es sich zu kämpfen, und was verteidigen wir? Diese Frage stellt sich ihnen im Kontext eines brüchigen Generationenvertrags, ungleich verteilter Lebenschancen und materieller Unsicherheit.

## VISION

Sicherheit wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden: „Wir können es nur gemeinsam schaffen“. In Einklang mit einem erweiterten Sicherheitsbegriff lautet das Ziel, die Gesellschaft als Ganzes und ihre einzelnen Mitglieder zu schützen, nicht primär den Staat. Es gibt einen inklusiven gesellschaftlichen Dialog zu Sicherheit, der individuelle Herausforderungen, Fähigkeiten und Einschränkungen berücksichtigt und dabei eine humane Perspektive auf alle Beteiligten und Betroffenen bewahrt. So entsteht ein positives und inklusives Sicherheitsnarrativ mit Fokus auf dem, was an einem Leben in Freiheit, Demokratie und auf der Grundlage der Menschenrechte schützenswert ist, sowie ein klarer Orientierungsrahmen in unsicheren Zeiten. Auch die Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat gegen äußere und innere Bedrohungen gilt als zentrale Sicherheitsaufgabe. Die Perspektiven und Beiträge verschiedener Generationen werden anerkannt und Rollen gerecht verteilt. Staat und Individuen teilen die Verantwortung, basierend auf klaren und klar kommunizierten Zuständigkeiten und aktuellen Bedarfsanalysen. Staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen wirken effektiv zusammen, was auch durch eine größere Offenheit staatlicher Stellen für zivilgesellschaftliche Initiativen erreicht wird. Preparedness wird aus der Gesellschaft heraus und im sozialen Nahraum kooperativ gedacht, etwa durch „solidarisches Preppen“ und Nachbarschaftshilfe. Alle Menschen fühlen sich befähigt und verantwortlich, im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zu Sicherheit zu leisten und sich gegenseitig zu

helfen. So erleben sie auch in der Krise Selbstwirksamkeit und Gemeinschaftsgefühl. Zu den notwendigen Informationen, etwa zur Vorratshaltung und dem richtigen Verhalten in Krisenfällen, haben sie einfachen Zugang. Umgekehrt haben sie das Vertrauen, dass der Staat ihnen in Krisensituationen vorbehaltlos hilft. Ehrenamtliches Engagement wird gesellschaftlich anerkannt und auch finanziell unterstützt, etwa durch die Stärkung entsprechender Infrastrukturen und sozialer Räume. Dies erhöht nicht nur die Resilienz der Gesellschaft gegenüber Krisen und Konflikten, sondern stärkt auch demokratische Teilhabe und sozialen Zusammenhalt.

## EMPFEHLUNGEN

### AKTEURSBEWUSSTSEIN IN DER ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN

Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten angesichts wachsender Bedrohungen ihre Rolle und ihren potenziellen Beitrag zu Sicherheit reflektieren, etwa als Multiplikator\*innen für Informationen und als Austausch- und Handlungsräume, in dem die Voraussetzungen für eine inklusive gesamtgesellschaftliche Verteidigung geschaffen werden, sowohl materiell als auch psychologisch. Dies ist besonders relevant für Organisationen, deren Zielgruppen durch politische Kommunikation sonst nur schwer erreicht werden und die sich häufig noch nicht als sicherheitspolitische Akteur\*innen verstehen. Hierzu können intersektorale Tandem-Partnerschaften zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen beitragen, aber auch staatlich unterstützte Netzwerkinitiativen, die sicherheitsrelevantes Engagement bündeln und fördern, etwa durch eine spezielle Förderlinie der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt.

●

**Außenpolitische Handlungsfähigkeit scheitert daran, eigene Werte konsequent anzuwenden.**

●

#### **AUF EIN POSITIVES UND INKLUSIVES SICHERHEITSNARRATIV HINARBEITEN**

Die Bundesregierung sollte gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die Vielfalt der Gesellschaft abbilden, auf ein positives und inklusives Sicherheitsnarrativ hinarbeiten, das auf einem erweiterten Sicherheitsbegriff beruht. Dieses Narrativ sollte einerseits Herausforderungen klar benennen, andererseits aber auch auf Potenziale hinweisen, mit diesen Herausforderungen besser umzugehen und für eine Vielzahl an gesellschaftlichen Gruppen und Stakeholdern anschlussfähig sein sowie vielfältige Rollenangebote machen, sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich.

#### **PREPPING SOLIDARISCH DENKEN**

Solidarisches Prepping ist aus verschiedenen Gründen sinnvoll: Vielen Menschen fehlen die materiellen Ressourcen, sich auf einen Krisenfall vorzubereiten. Gemeinsame, kooperative Lösungen sind oft ressourceneffizienter und fördern gesellschaftlichen Zusammenhalt. Solche Ansätze sollten deshalb auf allen Ebenen gefördert werden. Die Bundesregierung sollte entsprechende Möglichkeiten schaffen, etwa im Rahmen von Sozialleistungen und steuerlichen Anreizen, und solidarische Ansätze in Informationsmaterial einbeziehen, etwa den Ratgeber „Vorsorgen für Krisen und Katastrophen“ des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Zivilgesellschaftliche Akteur\*innen und Nachbarschaftsinitiativen sollten gemeinsame Lösungsansätze entwerfen und umsetzen, etwa im Rahmen von Hausgemeinschaften.

## **3.2 MULTIDIMENSIONALE BEDROHUNGEN ZWISCHEN INSTITUTIONEN UND GESELLSCHAFT**

### **PROBLEMSTELLUNG**

Außenpolitik ist immer auch mit Bedrohungen von innen und außen konfrontiert. In den aktuellen multidimensionalen Krisen sind Bedrohungen weder klar benennbar, noch trennbar oder einzeln bearbeitbar, da alles mit allem zusammenhängt und genau diese multiple Bedrohungslage bringt viele Herausforderungen mit sich. Eine zentrale Herausforderung ist die wachsende Untrennbarkeit innen- und außenpolitischer Bedrohungslagen. Innenpolitische Probleme, wie Altersarmut, Chancengleichheit, Arbeitslosigkeit, vor allem auch unter jungen Menschen, und steigende Lebenskosten, wirken sich direkt auf die außenpolitischen Wahrnehmungen junger Menschen, ihre Handlungs(un)fähigkeit und das persönliche Sicherheitsgefühl aus, aber auch auf die Akzeptanz für außenpolitisches Engagement. Außenpolitische Themen werden mit innenpolitischen Themen verbunden, so wird dies etwas sichtbar bei den steigenden Energiepreisen im Zuge des Russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine oder nach dem amerikanisch-israelischen Angriff auf den Iran und der Schließung der Straße von Hormus. Aber auch das Thema Migration wird vor allem von rechten und konservativen Akteur\*innen als Frage der inneren Sicherheit instrumentalisiert, teilweise mit Unterstützung äußerer Einflussnahme, zum Beispiel durch Trollfabriken in Russland. Diese Verflechtung erzeugt eine Gleichsetzung oder Vermischung von innen- und außenpolitischen Themen, aber auch Verteilungskonflikte. Die Wahrnehmung, dass außenpolitisches Engagement innenpolitische Ressourcen kostet, führt zu einer Konkurrenz zwischen gesellschaftlichen und politischen Anliegen, die den Dialog erschwert.

Dies äußert sich auch in der Spaltung der Gesellschaft, die auch als außenpolitische Bedrohung identifiziert wird. Es fehlt eine gemeinsame Basis für Dialoge. So werden Krisen zwar wahrgenommen, aber der gemeinsame Umgang mit ihnen bleibt unklar. Gleichzeitig besteht ein Widerspruch zwischen dem meist intakten persönlichen Sicherheitsgefühl, etwa in der eigenen Stadt und im persönlichen Umfeld, und einer diffusen, schwer fassbaren Bedrohungslage von außen. Die Konfliktlinie verläuft dabei nicht nur innerhalb von Akteursgruppen, sondern durch die Gesellschaft selbst. Hinzu kommt ein demokratisches Glaubwürdigkeitsproblem. So wird die

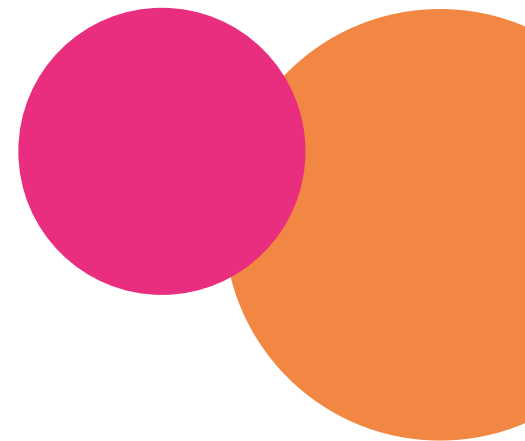
Relevanz von Außenpolitik für gesellschaftliche Themen zwar wahrgenommen, aber nicht in demokratische Praktiken übersetzt, was die Dialogbasis weiter schwächt (s. auch 3.3). Die Gleichzeitigkeit von gesellschaftlichen Spaltungen, diffuser Bedrohungswahrnehmung ohne klare Handlungsoptionen und fehlende Transparenz macht den gesellschaftlichen Zusammenhalt verwundbar, öffnet die Türen für rechte Narrative und demokratiefeindliche Akteur\*innen und unterhöhlt außenpolitische Handlungsfähigkeit von innen.

Der Krieg in der Ukraine und die Bedrohung durch Russland sind als konkrete militärische Realität besonders präsent. Hinzu kommen komplexe Abhängigkeiten, wie die wirtschaftliche Abhängigkeit von China (s. auch 3.4), die Zollpolitik der USA, NATO-Zusammenhalts- und Verteidigungsfragen, die Rolle der USA als Partnerin und die Frage nach der Zukunft der europäischen Verteidigungsfähigkeit. Die Abhängigkeit von den USA im Kontext der NATO wird dabei als Unsicherheitsfaktor markiert, nicht als Stabilitätsgarantie. Darüber hinaus wird die Bedrohungslage von einem Geflecht aus verschiedenen Bedrohungen geprägt, die kaum getrennt bearbeitbar sind: Technologischer Wandel, die Klimakrise, wirtschaftliche Unsicherheit und das Schwinden sozialer Kohäsion. Gleichzeitig besteht zwar ein Wunsch nach Abrüstung und militärischer Entspannung, dieser Wunsch steht jedoch in Spannung zu einem gleichzeitig gestiegenen Sicherheitsbedürfnis. Zuletzt bleiben Fragen nach (ziviler) Verantwortung ungelöst.

Digitale Bedrohungen erscheinen als besonders relevant. Dazu gehören hybride Kriegsführung im Cyberraum, KI, FIMI (foreign information manipulation and interference [ausländische Informationsmanipulation und Einmischung]), Bots und Desinformation (Skampagnen). Digitale Souveränität ist dabei eine offene Frage: Wie viel Kontrolle über digitale Infrastruktur besteht, und wer sichert diese? Mangelnde Transparenz und Sicherheit in Verbindung mit KI besteht sowohl aufgrund deren Gestaltung als auch durch bestimmte Anwendungen, beispielsweise in den (Sozialen) Medien, in der Cybersicherheit und mit Blick auf autonome Waffensysteme. Ein strukturelles Defizit liegt bei der Medienkompetenz vor. Hinzu kommt die fehlende Resilienz kritischer Infrastruktur, etwa der Stromnetze, wichtiger IT-Systeme und der Wasserversorgung. Ressourcen- und Klimakonflikte sowie die Dekarbonisierung der Wirtschaft und deren Vereinbarkeit mit außenpolitischen Interessen werden als wachsende Problemfelder identifiziert.

Schließlich werden auch normative Widersprüche als Bedrohungen benannt. Außenpolitische Handlungsfähigkeit scheitert daran, eigene Werte konsequent anzuwenden. Feministische Perspektiven und Lösungsansätze auf Frieden und Sicherheit fehlen strukturell. Die Abschaffung der feministischen Außenpolitik durch die neue deutsche Regierung Anfang 2025 macht dies symptomatisch sichtbar.

Grundsätzlich wird außenpolitische Handlungsfähigkeit im Angesicht multidimensionaler Bedrohungen als eingeschränkt wahrgenommen, auch weil verschiedene Politikfelder zu wenig übergreifend und zusammenhängend gedacht werden und neue Lösungsansätze fehlen, um der neuen und komplexen Bedrohungslage zu begegnen.



## VISION

Durch gemeinsame Anstrengungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft hat sich die Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen deutlich erhöht. Deutschland hat eine sichere und resiliente digitale Infrastruktur aufgebaut, die in erster Linie auf Open-Source-Lösungen setzt und in Europa gehostet ist. Die Risiken von KI sind durch eine effektive europäische Regulierung eingedämmt, während Potentiale genutzt werden.

Die wichtigsten gesellschaftlichen Funktionen sind auch für den Krisen- und Konfliktfall gesichert. Im Bereich der Kritischen Infrastruktur gehen staatliche Investitionen Hand in Hand mit Anreizen für Investitionen in die Resilienz der Wirtschaft. Resilienz entsteht auch dadurch, dass es der EU gelungen ist, kritische Abhängigkeiten deutlich zu reduzieren, etwa durch die konsequente Förderung von Recycling von Rohstoffen und Kreislaufwirtschaft sowie die Vertiefung der Beziehungen mit weiteren Handelspartner\*innen. Auch die Abhängigkeit von Energieimporten ist durch den Ausbau erneuerbarer Energien deutlich reduziert.

In der Gesellschaft hat sich ein Verständnis für die Notwendigkeit von Investitionen in Sicherheit etabliert; statt eines Nullsummendenkens und Verteilungskonflikten steht gesellschaftlicher Mehrwert im Vordergrund (s. auch 3.1). Sicherheits- und Gesellschaftspolitik stehen nicht in Konkurrenz zueinander, sondern ergänzen sich. Hierzu haben neue Dialogformate und Möglichkeiten der institutionellen Partizipation für junge Menschen einen entscheidenden Beitrag geleistet (s. auch 3.3). Soziale Spaltungen werden als Teil einer sicherheitspolitischen Bedrohungskulisse verstanden und als solche aktiv angegangen, etwa durch eine Stärkung des Sozialstaats.

Auch Erfolge im Kampf gegen Desinformation tragen zum Abbau der gesellschaftlichen Polarisierung bei und schaffen Vertrauen. Diese Erfolge wurden durch verstärkte europäische Zusammenarbeit im digitalen Raum und bei der Plattformregulierung sowie durch gesteigerte Medienkompetenz in allen Altersgruppen erreicht. Die meisten Bürger\*innen arbeiten durch lebenslanges Lernen an ihrer Medienkompetenz, etwa in Bildungseinrichtungen, Betrieben oder in unterschiedlichen Medien. Nur noch wenige Menschen fallen auf Fakes und Fake News in den Sozialen Medien herein, sodass Desinformation keine große politische Rolle mehr spielt. Durch einen stärker faktenbasierten öffentlichen Diskurs wird Migration nicht mehr als vermeintliche Sicherheitsbedrohung diskutiert, sondern als gesellschaftliche und wirtschaftliche Chance gesehen; humanitäre Verpflichtungen in Bezug auf Flucht und Asyl werden anerkannt. Hierzu gehört auch die verstärkte Bereitstellung von Ressourcen für Integration.

Gestärkte eigene Verteidigungsfähigkeiten und eine verstärkte innere Kooperation machen die EU und ihre europäischen Partner\*innen weniger abhängig von den USA. Auch ausländische Manipulations- und Sabotageversuche werden durch eine verstärkte europäische Geheimdienstkooperation effektiv unterbunden, die außerdem die Unabhängigkeit von den USA stärkt.

## EMPFEHLUNGEN

### GESELLSCHAFTLICHE PARTIZIPATION UND LEGITIMATION

Normative Widersprüche und mangelnde Transparenz in sicherheitspolitischen Entscheidungsprozessen erzeugen Misstrauen und tragen zur Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts bei. Dies ist eine Bedrohung für die gesellschaftliche Sicherheit. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die gesellschaftliche Legitimität sicherheitspolitischer Entscheidung zu erhöhen, inkludieren außenpolitische Prozesse partizipative Dialogformate junger Menschen und zivilgesellschaftlicher Organisationen wirkungsvoll, sodass deren Expertise und Meinungen effektiv eingebunden werden. Die Bundesregierung sollte den im Koalitionsvertrag festgehaltenen „nationalen Kinder- und Jugendgipfel“ um sicherheitspolitisch relevante Themen erweitern.

### WIRTSCHAFTLICHE RESILIENZ UND NACHHALTIGKEIT

Der Bund behandelt Energieunabhängigkeit auf der Basis von Dekarbonisierung als integralen Bestandteil von Sicherheitspolitik. Er schafft einerseits weitere Anreize für Unternehmen, in die Diversifizierung und Risikominimierung ihrer Lieferketten zu investieren. Andererseits treibt er konsequent den Ausbau erneuerbarer Energien, der Energienetze und von Speicherkapazitäten voran.

### MEDIENKOMPETENZ UND BEKÄMPFUNG VON DESINFORMATION

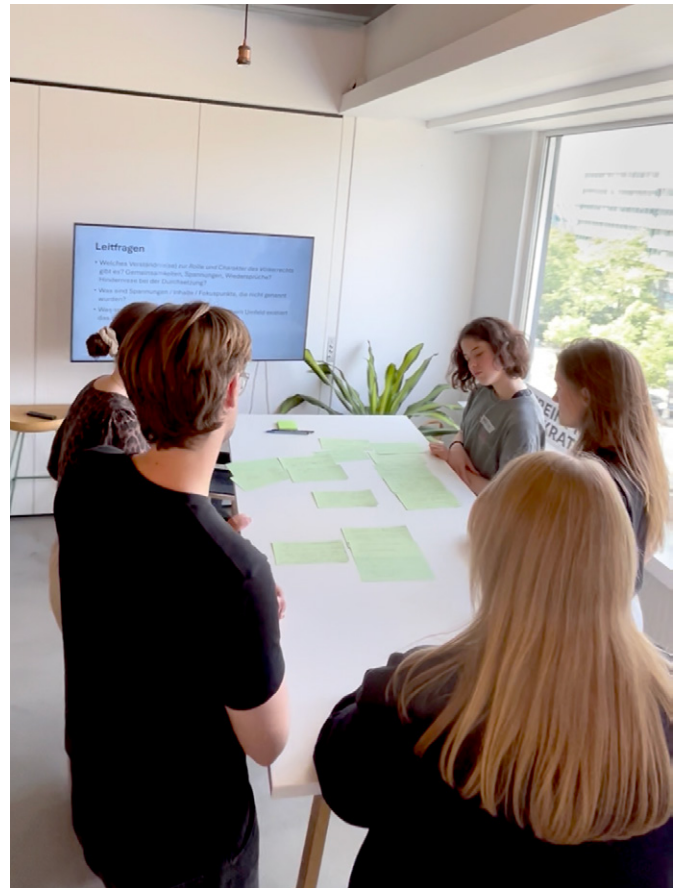
Die Bundesregierung fördert Medienkompetenz als integralen Bestandteil von Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung, um Desinformation zu erkennen, die Seriosität von Quellen kritisch zu hinterfragen und gesellschaftlicher Spaltung vorzubeugen. Dabei geht sie auch neue Wege, etwa durch das Schalten von Kampagnen bei sportlichen oder anderen gesellschaftlichen Großereignissen. Erfolgreiche bestehende Programme werden fortgeführt und ausgebaut – so beispielsweise das Projekt „ACT ON! aktiv + selbstbestimmt online“, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend .

### 3.3 VON REPRÄSENTATION ZU BETEILIGUNG: AUSSENPOLITIK GEMEINSAM GESTALTEN

#### PROBLEMSTELLUNG

Außenpolitik wird für alle gemacht, aber nicht mit allen. Junge Menschen und ihre Perspektiven bleiben in der Außenpolitik und ihren (Entscheidungs-)Prozessen systematisch außen vor. Sie werden in der Regel passiv über z.B. Radio oder Soziale Medien informiert, statt aktiv einbezogen zu werden. Partizipation wird von außenpolitischen Akteur\*innen bestenfalls als Randthema, schlimmstenfalls als bloße Pflichtübung ohne reale Wirkungsmöglichkeiten wahrgenommen. Hinzu kommt das Problem der Missrepräsentation in den Medien, die junge Menschen in öffentlichen Debatten über Außenpolitik kaum oder verzerrt und zumeist als eine homogene Gruppe abbilden. Der Unterschied zwischen Repräsentation und Beteiligung ist entscheidend: Repräsentation kann sichtbar machen, ohne zu ermächtigen. Die Spannung zwischen einer passiven Repräsentation (werde ich repräsentiert) und einer aktiven, beteiligenden Repräsentation (repräsentiere ich) ist grundlegend. Repräsentation schließt somit zwar eine Auswahl von jungen Menschen ein, beteiligt aber nicht. Solange junge Menschen in außenpolitischen Prozessen vor allem als Gesichter gebraucht werden, nicht als Stimmen, bleibt Repräsentation ein Versprechen, das Beteiligung ersetzt, statt sie zu ermöglichen.

Das Verhältnis zwischen jungen und älteren Akteur\*innen ist oft von Skepsis geprägt. Junge Menschen werden in außenpolitischen Kontexten nicht als vollwertige politische Subjekte behandelt. Vielmehr werden Entscheidungen über sie statt mit ihnen getroffen, wie es an der Wehrpflichtdebatte deutlich wird. Diese Spannung zeigt ein grundlegendes Missverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit auf. Junge Menschen werden abgebildet, ohne sich selbst zu repräsentieren. Sie sind Objekte von Politik, nicht deren Subjekte, wobei eine diffuse Erwartungshaltung ohne klare Strukturen der Einbindung entsteht. Außenpolitischen Institutionen fehlen Orte und Mechanismen für Beteiligung. So wird Repräsentation sowohl von politischen Akteur\*innen als auch von jungen Menschen eingefordert, aber die dafür notwendigen Strukturen für kontinuierliche Mitarbeit, institutionelle Einbindung, sowie eine demokratische Rechenschaftspflicht werden nicht mitgedacht. Außenpolitik bleibt damit eine Welt der Etablierten, die top-down strukturiert und mit selektiv geöffneten Türen ausgestattet ist, durch



die nur wenige hindurchkommen. Junge Menschen erfahren Abschottung; Außenpolitik ist eine Welt, zu der ihnen der Schlüssel fehlt.

Diese grundlegende Spannung zwischen formalen Möglichkeiten der Mitwirkung und Informiert-werden ohne Handlungsmacht wird unter der Frage verhandelt, ob junge Menschen sich nicht einbringen können oder nicht einbringen wollen. Vorhandene Beteiligungsangebote greifen jedoch das Interesse junger Menschen oft nicht auf. Es besteht also eine Lücke. Gleichzeitig fehlt auf Seiten der Politik die notwendige Entschlossenheit, junge Menschen ernsthaft einzubinden. Beteiligung wird nicht aktiv eingefordert oder ermöglicht, sondern bleibt abhängig von persönlichem Engagement, günstigen Umständen und individuellen Ressourcen sowie Privilegien. Partizipation wird so zu etwas, das sich junge Menschen individuell erarbeiten müssen, anstatt strukturell garantiert zu sein. Es entsteht eine Form der Scheinpartizipation, bei der die Verantwortung für Teilhabe auf die jungen Menschen selbst abgewälzt wird. Beteiligung wird als offen dargestellt, die Voraussetzungen für eine gleichberechtigte und wirksame Teilhabe werden aber nicht geschaffen. Dadurch wird mangelnde Beteiligung den jungen Menschen zugeschrieben, obwohl sie häufig auf strukturelle Hindernisse zurückzuführen ist.



Junge Menschen werden in außenpolitischen Räumen zumeist als homogene Gruppe wahrgenommen und nicht nach Lebenssituation, Herkunft, Bildungsweg oder Identität differenziert. Intersektionale Perspektiven fehlen strukturell. In der Repräsentation dominiert eine bestimmte Gruppe junger Menschen, deren Perspektive leicht verallgemeinert wird. Diese jungen Menschen sind im Schnitt besser gebildet, städtisch und privilegiert. Besonders problematisch ist dabei, wie strukturelle Hindernisse zur Abwesenheit bestimmter Gruppen führen, so etwa von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte, aus nicht-akademischen Milieus oder aus ländlichen Gegenden. Diese Dynamik verfestigt die Vorstellung, wer als legitime\*r außenpolitische\*r Akteur\*in gilt und wer nicht. Sie reproduziert damit Exklusionsmechanismen, die nicht nur junge Menschen per se ausschließen, sondern verstärken bestehende strukturelle Benachteiligungen. Folglich ist die Frage relevant: Wer sind „die jungen Menschen“ in der Außenpolitik, und wer bestimmt das? Wer spricht eigentlich für wen?

Hinzu kommt fehlendes Wissen, das für nachhaltige Partizipation notwendig ist. Junge Menschen sind oft nicht ausreichend über außenpolitische Zusammenhänge, Institutionen und Prozesse informiert und gleichzeitig in den Sozialen Medien mit Falschinformationen konfrontiert. Es fehlt die Bereitschaft auf Seiten der Politik, ernsthaft in Bildungsarbeit zu investieren. Außenpolitische Themen gelten als zu komplex, zu weit weg und zu abstrakt, um junge Menschen als eigenständige politische Akteur\*innen anzusprechen. Diese Lücke wird oft von illiberalen Akteur\*innen besetzt.



## VISION

Außenpolitik gehört allen und betrifft alle. Jeder Mensch sollte Zugang zur Außenpolitik haben, unabhängig von seinen\*ihren Voraussetzungen. Außenpolitik ist nicht länger exklusiv und technokratisch, sondern wird durch einen feministischen, migrantischen und inklusiven Blick geprägt, ist intersektional in ihrer Perspektive und vielfältig in ihrer Grundorientierung. Aktive Repräsentation bedeutet dabei nicht nur Sichtbarkeit, sondern breite Beteiligung, bei der Inklusion und Solidarität im Zentrum stehen und Ausgrenzungsmechanismen aktiv benannt, adressiert und überwunden werden. Grundlage dafür ist eine durchgehend kritische Reflexion darüber, wer Außenpolitik wie und mit welchen Inhalten gestaltet. Hierzu gehört auch, dass die Zivilgesellschaft als gleichwertige und heterogene Partnerin anerkannt wird. Folglich werden zivilgesellschaftliche Akteur\*innen, ihr Wissen, ihre Erfahrungen und Lebensrealitäten aktiv und auf Augenhöhe in Prozesse integriert.

Junge Menschen gestalten proaktiv mit und erleben hierbei Selbstwirksamkeit. Sie kennen ihre Möglichkeiten zur Beteiligung, können diese wahrnehmen und selbst beeinflussen. Grundvoraussetzung dafür ist, dass es Tools und Anlaufstellen gibt, die von und mit jungen Menschen entworfen werden und in welchen Wissen nicht nur vorhanden ist, sondern auch tatsächlich genutzt und weiterentwickelt wird. Informiert-werden ist dabei der Ausgangspunkt, da klare Strukturen essentiell sind: wer weiß was, und wo kann ich mich einbringen? Beteiligung braucht systematische Strukturen, um Zugänge zu öffnen, zu vermitteln und auszuweiten. Hierbei dürfen Bildungsabschluss und Herkunft keine Zugangshürden sein. Zukunftsfähige, solidarische Bildungspolitik ist die Grundlage und wird basierend auf zivilgesellschaftlichen Werten, Kompetenzen und Bedürfnissen entwickelt. Hierzu gehört auch ein starker Sozialstaat als strukturelle Grundlage. Echte Beteiligung setzt materielle Sicherheit voraus. Dazu gehören eine eindeutige Priorisierung, die Anerkennung der Verflechtung von Innen- und Außenpolitik und nicht das Auspielen der beiden Bereiche. Anstatt einen Verteilungskonflikt zwischen Sozialem und Rüstung zu konstruieren, wird Soziales als unerschütterliche Grundlage von Beteiligung gefördert und mitgedacht.

# Beteiligung braucht systematische Strukturen, um Zugänge zu öffnen, zu vermitteln und auszuweiten.

Die Beteiligung, die strukturell gewollt ist, wird auch finanziell abgesichert: Die Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen und junger Akteur\*innen ist ausreichend, verlässlich, flexibel und an lokale Bedarfe angepasst. Gesamtgesellschaftlich wird dies durch eine gestärkte Sozialpolitik flankiert.

Darüber hinaus gibt es eine transparente Akteurslandschaft und nachvollziehbare Entscheidungswege. Außenpolitische Austauschformate sowie ein institutionalisierter, in staatliche Strukturen integrierter Rat aus jungen Menschen sind fester Bestandteil der außenpolitischen Prozesse und bilden die Vielfalt der jungen Menschen ab, auch migrantische und diasporische Stimmen. Politische und gesellschaftliche Fragen entstehen dabei im ständigen Dialog zwischen jungen Menschen, Staat und Zivilgesellschaft, auf lokaler wie auf nationaler Entscheidungsebene.

## EMPFEHLUNGEN

### ZIVILGESELLSCHAFT STRUKTURELL BETEILIGEN

Je mehr Belastungen mit außenpolitischen Entscheidungen verbunden sind, desto wichtiger ist es, die Gesellschaft frühzeitig und umfassend zu beteiligen. Klassische Formen der politischen Willensbildung über Parteien geraten an ihre Grenzen. In Anlehnung an den im Koalitionsvertrag aufgeführten „nationalen Kinder- und Jugendgipfel“ sollte die Bundesregierung deshalb einen Zivilgesellschaftsrat einrichten, der vielfältige gesellschaftliche Perspektiven abbildet. Vor weitreichenden Entscheidungen, die mit weitreichenden Eingriffen in Grundrechte verbunden sind, etwa Entscheidungen, die den Wehrdienst betreffen, sollte eine Konsultation dieses Rates verpflichtend sein.

### VIELFALT IN DEN INSTITUTIONEN FÖRDERN

Ein „Critical Reflex“ – angelehnt an die Idee des „Feminist Reflex“ aus der vorherigen feministischen Außenpolitik Deutschlands – ist als das gezielte institutionelle Innehalten ein notwendiger Ausgangspunkt, wenn es darum geht, die Repräsentationslücke in der Außenpolitik ernsthaft zu schließen. Als kritische Reflexivität umfasst der „Critical Reflex“ die Anforderung, Vielfältigkeit als eingeübte, reflexartige Haltung in Entscheidungsprozessen und Arbeitsabläufen automatisch mitzudenken. Die Vielfalt der Gesellschaft bildet sich in außenpolitischen Entscheidungspositionen weiterhin kaum ab. Institutionen wie das Auswärtige Amt müssen über die bestehende Personalpolitik hinaus auf Grundlage eines „Critical Reflex“ deshalb gezielt (potenzielle) Mitarbeiter\*innen fördern, die aufgrund von Marginalisierung strukturell unterrepräsentiert sind.

### AUSSENPOLITISCHE ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN

Wenn Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle an der Schnittstelle zwischen Außenpolitik und Bürger\*innen spielen soll, benötigt sie entsprechende Ressourcen. Neben den rechtlichen Rahmenbedingungen spielt Finanzierung hier eine zentrale Rolle. Sie sollte flexibler, weniger bürokratisch, planbarer und verbindlicher werden, etwa im Rahmen von Säulenfinanzierungen und institutionellen Förderungen. Entsprechende Prioritäten sollten auch in den öffentlichen Haushalten abgebildet werden, etwa durch Matching-Quoten mit Rüstungsausgaben.

### 3.4 GLOBALE PARTNERSCHAFTEN NEU GESTALTEN: MIDDLE POWERS ALS SCHLÜSSELPARTNERINNEN

#### PROBLEMSTELLUNG

Globale Machtverhältnisse verschieben sich: Ländern des sogenannten Globalen Südens, insbesondere den G20, kommt eine zunehmende Bedeutung in internationaler Politik, Sicherheit und Wirtschaft zu. Gleichzeitig schafft zunehmender Druck aus den USA und China die Notwendigkeit, andere Partnerschaften mit sogenannten middle powers zu diversifizieren und zu vertiefen – auch und gerade um gemeinsam globale Herausforderungen wie die Klimakrise, technologischen Wandel und mögliche Pandemien anzugehen. Bei diesen Partnerschaften ergibt sich ein fragmentiertes Bild: Kooperation ist jeweils in einzelnen Bereichen möglich, etwa bei Rohstoffen oder Technologie, ist aber stark kontextabhängig und lässt sich schwer in multilaterale Rahmen überführen. Vielfach handelt es sich eher um langfristige Potenziale, die erst nach weiterer wirtschaftlicher Entwicklung tatsächlich nutzbar sind. Die Erwartung, kurzfristig die USA und China zu ersetzen, lässt sich deshalb in den meisten Bereichen nicht erfüllen. Darüber hinaus basiert Zusammenarbeit eher auf geteilten Interessen als auf Werten und Regeln. Daraus ergibt sich auch die Frage, welche Prinzipien zur Voraussetzung von Zusammenarbeit gemacht werden sollen. Oft erscheinen Werte und kurzfristige Interessen als widersprüchlich, etwa bei der Energiekooperation mit autokratischen Staaten. Langfristig kann ein Handeln gegen die eigenen Werte jedoch Interessen schaden. Diese Frage ist besonders relevant, da viele potenzielle Partnerstaaten Autokratien oder „defekte“ Demokratien sind. Beziehungen sind oft stark auf die staatliche Ebene und die jeweils amtierende Regierung zentriert und reduziert, während vorhandene zivilgesellschaftliche Verbindungen, etwa durch eine Diaspora, wenig sichtbar sind.

Weitere Hindernisse für neue, tiefere globale Partnerschaften liegen innerhalb Deutschlands und der EU. Angesichts gehäufter Krisen erscheint vielen Menschen ein Rückzug ins Nationale attraktiv und notwendig, anstatt das internationale Engagement auszubauen. Dabei werden oft Verteilungs- und Ressourcenkonflikte mit innenpolitischen Prioritäten hervorgehoben, anstatt beide Sphären im gleichen strategischen Kontext zu betrachten. Dabei geraten nicht nur international geteilte Ziele aus dem Blick, dies schadet auch konkret nationalen Interessen. Während Deutschland und die EU vielen Staaten als

attraktive und verlässliche Partner erscheinen, schaffen sie es oft nicht, diese Potenziale zu nutzen. Politik wird in den Institutionen oft nicht kohärent formuliert, sowohl zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten als auch innerhalb der Bundesregierung, was teilweise zu widersprüchlichen Initiativen führt. Zudem fehlt oft der politische Wille, Partnerschaften zu priorisieren und auch nach innen zu stützen, wie sich etwa im Fall des Handelsabkommens der EU mit MERCOSUR gezeigt hat, das immer wieder von einzelnen Interessengruppen im Agrarbereich aufgehalten wurde. Hinzu kommen vielfach veraltete Vorstellungen von den Partnerländern, die Kooperation erschweren und im postkolonialen Kontext eng mit Eurozentrismus und oft auch Rassismus verbunden sind. Von wichtigen Partnerländern sind oft nur einzelne Facetten bekannt, etwa Reiseziele. Andere Aspekte, wie etwa wirtschaftliche Stärken, kulturelle und gesellschaftliche Prägungen und historische Gegebenheiten, verbleiben hingegen in kleinen Expert\*innen-Communities. Viele dieser Partnerländer entwickeln in Bezug auf Deutschland keine starke soft power. Ohne eine tiefergehende Auseinandersetzung fehlt oft eine Basis für die Vertiefung von Partnerschaften. Dies ist auch für wirtschaftliche Beziehungen problematisch: Unternehmen überschätzen häufig die wirtschaftlichen und politischen Risiken, die mit Investitionen verbunden sind. Dieses fehlende Risikoverständnis hängt auch mit weiterhin geringer Diversität in der Wirtschaft und den politischen Institutionen zusammen, in denen nur wenige Entscheider\*innen Bezüge zum Ausland abseits der EU und der USA haben und Regionalkompetenz kein entscheidender Karrierefaktor ist.

#### VISION

Außenpolitik basiert auf einem differenzierten und informierten Blick auf andere Länder. Auch nach innen wird die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit auf Augenhöhe klar kommuniziert. Dazu gehört es auch, die Abwägung zwischen Werten und Interessen transparent zu machen, etwa durch klare rote Linien mit Blick auf Sicherheitspolitik und Menschenrechte (s. auch 3.5). Dabei werden aber Werte und Interessen nicht gegeneinander ausgespielt. Sie ergänzen sich entweder oder es werden kontextabhängige Kompromisse geschlossen, die die übergreifende Verwirklichung von Werten im Blick behalten und vorantreiben. Hierzu gehört auch die Bereitschaft, sich die Verwirklichung der eigenen Werte etwas kosten zu lassen – wirtschaftlich und politisch.

Beziehungen auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen werden gepflegt und gefördert: zwischen Ministerien, Parlamenten, den Ländern, Kommunen und vielfältigen zivilgesellschaftlichen Organisationen und auf EU-Ebene. Hierbei sind Gegenseitigkeit und Solidarität Leitprinzipien, die von einem Bewusstsein geteilter Probleme und Herausforderungen getragen werden. Dazu gehören neben klassischen transnationalen Kooperationsfeldern auch die Auswirkungen unilateraler Großmachtpolitik. Dies wird auch durch eine verstärkte Aufarbeitung der europäischen Kolonialgeschichte erreicht. Dabei wird der Eigenwert diversifizierter Partnerschaften auf Augenhöhe anerkannt, nicht nur die Notwendigkeit, sich von den USA und China unabhängiger zu machen. Vielfältige Partnerschaften bestehen innerhalb eines stabilen gemeinsamen Rahmens, der eine vertiefte Kooperation in Bezug auf Global Commons (globale Gemeinschaftsgüter) ermöglicht, etwa in den Bereichen Klima, Abrüstung, Globale Gesundheit und KI-Regulierung. Die Vereinten Nationen sind reformiert, das internationale Recht, auch das internationale Strafrecht, funktioniert als gemeinsamer normativer Bezugspunkt (s. auch 3.5). Kooperation für faire und solidarische Arbeitsmigration ermöglicht es, dem zunehmenden Fach- und Arbeitskräftemangel in Deutschland und Europa zu begegnen und Menschen aus anderen Weltregionen an Wohlstand teilhaben zu lassen. All dies wird ermöglicht und erleichtert durch mehr Vielfalt in entscheidenden Positionen.

## EMPFEHLUNGEN

### NEUE FOREN SCHAFFEN - KLIMAFORUM MIDDLE POWERS

Foren für konkrete politikfeldbezogene Kooperation mit middle powers sind vielversprechend, werden aber bislang kaum genutzt. Deutschland sollte sich in Abstimmung mit europäischen Partner\*innen für ein Klimaforum mit weiteren middle powers einsetzen, das verschiedene Themen im gegenseitigen Interesse verbindet: den Einsatz gegen die Klimakrise, grünes Wachstum, hochqualifizierte Arbeitsplätze, Investitionen und mehr technologische Souveränität in einem Feld, das zunehmend von China dominiert wird. Dabei sollten Wirtschaft und Zivilgesellschaft eng eingebunden werden, um die praktische Relevanz zu gewährleisten.

### DURCH GESELLSCHAFTLICHEN AUSTAUSCH VERTRAUEN STÄRKEN

Fehlendes Vertrauen und Verständnis limitieren vielfach Kooperationen. Verstärkte Investitionen in gesellschaftlichen Austausch, insbesondere Jugendaustausch, sind ein langfristiges Mittel, um Vertrauen zu stärken und Brücken zu bauen – gerade wenn gesellschaftliche Bezüge bislang eher schwach ausgeprägt sind. Institutionen wie der Deutsche Akademische Austauschdienst sollten deshalb Austauschprogramme mit bisher weniger abgedeckten Regionen intensivieren. Insbesondere bietet es sich an, das vor kurzem eingestellte Austauschprogramm „Go East“ mit Mittel- und Osteuropa, dem Südkaukasus und Zentralasien wiederzubeleben, etwa durch die Repriorisierung von Mitteln, die bislang für den Austausch mit den USA vorgesehen sind. Wichtig ist in dem Zusammenhang auch, in sogenannte Gegenmobilität zu investieren, also auch Menschen aus den Partnerländern einen Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen.

### REGIONALKOMPETENZ STÄRKER NUTZEN

Gerade in Deutschland ist ein breites Spektrum an Regionalkompetenz vorhanden: sowohl als akademisches Wissen, etwa an Universitäten, in Think Tanks und politischen Stiftungen, als auch als gelebte Erfahrung, etwa in zivilgesellschaftlichen Organisationen und Diaspora-Gruppen. Für eine erfolgreiche Kooperation mit diversen Partnerländern ist diese Kompetenz eine entscheidende Ressource. Das Auswärtige Amt, weitere Fachministerien und der Bundestag sollten sie stärker nutzen, etwa durch Beratungsgremien und Konsultationen, die verschiedene Arten von Wissen anerkennen. Dazu gehört aber auch, entsprechende Strukturen langfristig zu stützen und zu erhalten, etwa regionalwissenschaftliche Schwerpunkte an Universitäten, die in Zeiten knapper Haushaltsmittel oft besonders von Kürzungen betroffen sind.

## 3.5 OHNMACHT UND VERANTWORTUNG: DIE ROLLE DES VÖLKERRECHTS UND DESSEN ZUKUNFT

### PROBLEMSTELLUNG

Das Völkerrecht bildet einen tragenden Pfeiler des außenpolitischen Selbstverständnisses Deutschlands und ist zugleich in besonderer Weise herausgefordert. Unter dem Eindruck zunehmender geopolitischer Polarisierung geraten zentrale Normen unter Druck – in ihrer Anerkennung, ihrer Einhaltung und in ihrer konsequenten Durchsetzung. Vor allem an der Erosion des Schutzes der Zivilbevölkerung, wie es u.a. im Gaza-Krieg sichtbar wird, zeigt sich, wie instabil das Völkerrecht aktuell ist. So ist das Völkerrecht in vielen Diskursen und Diskussionen entweder abwesend, spielt nur eine untergeordnete Rolle oder wird aktiv delegitimiert. Dies betrifft insbesondere Institutionen wie den Internationalen Strafgerichtshof. Immer weniger Staaten sind bereit, finanzielles und politisches Kapital in Institutionen des Völkerrechts zu investieren. Auch in der Bevölkerung ist das Völkerrecht ein Randthema. Dies äußert sich auch darin, dass es im Rahmen unserer Datenerhebung vor allem in der Fokusgruppen mit einem hohen Bildungsgrad und in der Expert\*innengruppe diskutiert wurde. Wenn das Völkerrecht wenig bekannt und zugänglich ist, stellen sich nicht nur Repräsentationsfragen, sondern seine Relevanz als normativer Rahmen für den nationalen Kontext steht infrage.

Während viele Staaten das Völkerrecht und dessen Inhalte grundsätzlich unterstützen, wenden insbesondere mächtige Staaten es allenfalls selektiv an. Menschliche Sicherheit, die unmittelbar mit dem Völkerrecht verbunden ist, gerät dabei in den Hintergrund. Hierbei werden Spannungen zwischen (strategischen) Interessen von Staaten, die sich machtpolitischer Mittel bedienen, und dem Völkerrecht sichtbar, aber auch zwischen dem (Nicht-)Handeln von Staaten und ihrer Verantwortung. Damit schwindet die Glaubwürdigkeit einer regelbasierten internationalen Ordnung in den aktuellen Krisen und Kriegen. Den Akteur\*innen, die Brüche des Völkerrechts sehen und verurteilen, sowohl Staaten als auch (zivil-)gesellschaftlichen Stimmen gelingt es nicht, dem effektiv entgegenzutreten; Proteste verhalten oft wirkungslos oder werden teilweise mit starken Repressionen beantwortet (wie z.B. bei den Protesten um den Krieg in Gaza sichtbar wird). Dies führt zu Gefühlen von Machtlosigkeit und letztlich Ohnmacht.

Für Deutschland hat diese Entwicklung eine doppelte Relevanz: Als Mitglied der internationalen Gemeinschaft ist Deutschland mitverantwortlich für die Stabilisierung und Weiterentwicklung völkerrechtlicher Standards. Zugleich ist das Völkerrecht in die deutsche Verfassungsordnung eingebunden, sodass folgenlose Verstöße gegen zwingendes Völkerrecht auch nach innen wirken können, bis hin zur schleichenden Relativierung von Grund- und Menschenrechten, wie es etwa im Bereich des Asylrechts schon zu beobachten ist. Das Konzept der Souveränität ist für die aktuelle Völkerrechtsordnung konstitutiv und erzeugt gleichzeitig inhärente Spannungen: Es gibt Staaten die Möglichkeit, sich an Recht zu binden, und es gleichzeitig zu missachten. Die Norm der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten steht normativen Ansprüchen gegenüber, die Grenzen überschreiten, ebenso wie die de jure gleiche Souveränität aller Staaten und faktische Machtunterschiede in der internationalen Politik.

### VISION

Das Völkerrecht bildet kein bloßes Regelwerk für Staaten, sondern wird zu einem greifbaren, gesellschaftlich verankerten Fundament globaler Gerechtigkeit. Hierbei gewinnt das Völkerrecht an Sichtbarkeit, für Bürger\*innen ebenso wie für internationale Akteur\*innen, und die Verbindung zwischen Völkerrecht und deutschem Recht wird transparent gemacht. Im Mittelpunkt der Vision steht die Demokratisierung internationaler Politik. Die Akteur\*innen des Völkerrechts werden neu gedacht: weniger staaten- und stattdessen mehr gruppen- und personenbezogen. Folglich gelten zivilgesellschaftliche Perspektiven als vollwertige Wissens- und Rechtsquellen. Um dies zu gewährleisten und die Einbettung des Völkerrechts in westliche Machtstrukturen zu korrigieren, treten legitimierte regionale Gruppen als Ausgangspunkt für die Normsetzung hinzu. Ein partizipativer, gerechtigkeitsorientierter Prozess zur Weiterentwicklung des Völkerrechts mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteur\*innen ersetzt die geschlossene Sphäre und Unzugänglichkeit bisheriger Diplomatie und völkerrechtlicher Prozesse. Die Transformation des Völkerrechts verlangt eine Offenheit für Reformansätze aus dem sogenannten Globalen Süden, wie etwa die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit von nicht-menschlichen Entitäten und der Rechte der Natur. Akzeptanz, Diversität und eine Reflexion auf postkoloniale Kritik sind dabei Kernelemente. Initiativen innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens unterstützen diese Transformation: der Ausbau des Weltrechtsprinzips und eine breite Anwendung auf alle Länder, sowie eine konsequente Benennung von Brüchen statt Doppel-moral.

In Ergänzung priorisiert die Bundesregierung in ihrer Außenpolitik das Völkerrecht und kollektive Friedenssicherung gegenüber anderen Partikularinteressen. Somit wirkt das Völkerrecht als friedensbewahrendes und friedensschaffendes Instrument, stärkt den Multilateralismus und fördert friedliche Konfliktlösung. Das langfristige Ziel ist es, bewaffnete Konflikte grundsätzlich abzuschaffen und Krieg materiell durch konsequente Unterstützung und Durchsetzung der Verbote zur (nuklearen) Aufrüstung und Militärabbau unmöglich zu machen. Um dies zu ermöglichen, müssen die Vereinten Nationen grundlegend reformiert werden. Ihre Strukturen bilden die internationale Gemeinschaft repräsentativ ab, Zugänge sind gerechter verteilt und das Veto der fünf permanenten Mitglieder des Sicherheitsrats spielt eine geringere Rolle. Die Organisation dient den Bedürfnissen aller Menschen und schützt planetarische Grenzen. Hierzu braucht es ein transformiertes Justizsystem, individuelle Rechtsdurchsetzung in allen Weltregionen (auch auf globaler Ebene), die Weiterentwicklung von Sanktionsmechanismen sowie mehr Ressourcen für die Vereinten Nationen, um beispielsweise die Finanzierung des Internationalen Gerichtshof und Strafgerichtshof, aber auch für die Völkerrechtskommission und Nachverfolgemechnismen zu sichern.

Das Konzept der Souveränität wird zukunftsorientiert weitergedacht, angelehnt an vergangene und bestehende Reformbestrebungen, die die Rolle von Staaten relativieren und weiteren Völkerrechtssubjekten Anerkennung verschaffen wollen. Ein neues, kosmopolitisches Ordnungsgedanken ersetzt die bisherige staatenzentrierte Logik.

Die EU agiert nach außen und innen als Vertreterin universeller völkerrechtlicher Normen. Sie übernimmt und implementiert wichtige Normen des Völkerrechts konsequent, etwa durch die Ratifizierung des Römischen Statuts. Darüber hinaus implementiert Deutschland nachhaltig eine wertorientierte (feministische) Außenpolitik, die das Völkerrecht als unverzichtbare Grundlage nimmt und menschliche Sicherheit in den Vordergrund stellt. Werteorientierte Außenpolitik bedeutet hierbei mehr als ein rhetorisches Bekenntnis, sondern ist ein operatives Handlungsprinzip. Das Völkerrecht wird somit nicht als Einschränkung außenpolitischer Handlungsfähigkeit verstanden, sondern als deren Maßstab. Dabei ist die Bundesregierung auch bereit, wirtschaftliche und politische Kosten hinzunehmen, um grundlegende Werte zur Geltung zu bringen. Das erfordert klare Kommunikation: Was ist normativ geboten, und inwiefern lässt es sich tatsächlich umsetzen? Diese Frage wird öffentlich und ehrlich gestellt, statt hinter diplomatischer Unverbindlichkeit zu verschwinden.

## EMPFEHLUNGEN

### ZIVILGESELLSCHAFTLICHE KAMPAGNEN AUSBAUEN UND ALLIANZEN BILDEN

Wenn das Völkerrecht auf zwischenstaatlicher Ebene immer weiter unter Druck gerät, ist es umso wichtiger, dass subnationale Akteur\*innen sich für das Völkerrecht einsetzen. Stadträten und Bürgermeister\*innen sollten, in Kooperation mit z.B. zivilgesellschaftlichen Aktionen wie „Mayors for Peace“, Kampagnen um andere völkerrechtsrelevante Themen erweitern, mit dem Fokus auf der Verflechtung zwischen Völkerrecht und deutschem Recht.

### NEUE IMPULSE FÜR DEUTSCHLANDS ROLLE IM VÖLKERRECHT ENTWICKELN

Die Stärkung des Völkerrechts setzt eine breite gesellschaftliche und institutionelle Auseinandersetzung mit den Handlungsmöglichkeiten Deutschlands voraus. Das Auswärtige Amt und das Justizministerium sollten einen interministerialen Konsultationsprozess mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerken, mit Vertreter\*innen der Wissenschaft und mit Vertreter\*innen aus dem Justizsystem anstoßen. Ziel des Prozesses ist die Entwicklung einer Strategie, die Deutschlands Rolle als zivile Macht stärkt und konkrete Wege aufzeigt, das Völkerrecht sowie dessen Einhaltung aktiv zu schützen, zu fördern, zu stärken und dessen Akzeptanz tiefgehend zu verankern, etwa auch durch die Stärkung des Weltrechtsprinzips.

### VÖLKERRECHT AUF EU-EBENE STÄRKEN

Der Schutz und die Durchsetzung des Völkerrechts erfordern innerhalb der EU eine klar benannte Verantwortlichkeit und eine konsistente institutionelle Stimme. Daher soll ein\*e Völkerrechtsbeauftragte\*r (International Law Special Representative) etabliert werden, der\*die in enger Zusammenarbeit mit der\*m bestehenden Menschenrechtsbeauftragten (Special Representative for Human Rights) auf die Anerkennung und Umsetzung des Römischen Statuts durch die EU hinarbeitet. Sollte die Einrichtung einer neuen Position politisch nicht durchsetzbar sein, wäre alternativ auch ein entsprechender Kompetenzausbau der\*s bestehenden Menschenrechtsbeauftragten denkbar. Auch muss die Arbeit dieser\*m Beauftragten durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen sichtbar werden, um eine Sichtbarkeit des Völkerrechts zu erreichen. Hierbei wäre eine enge Zusammenarbeit mit den Beauftragten der jeweiligen Mitgliedsstaaten wünschenswert.

# 4. Bausteine für eine neue außenpolitische Vision

Visionen können verschlossene Türen öffnen. Die Ergebnisse des kokreativen Prozesses zeigen, dass die Vorstellungen junger Menschen für die außenpolitische Zukunft wegweisende Gedanken enthalten und gleichzeitig auch Fragen an die aktuelle Außenpolitik aufwerfen. Jenseits der thematischen Schwerpunkte der fünf Policy Labs – gesamtgesellschaftliche Sicherheit, hybride Bedrohungen, außenpolitische Teilhabe, globale Partnerschaften und Völkerrecht – zeigt sich bei näherer Betrachtung ihrer Problemdiagnosen, Visionen und Empfehlungen etwas Aufschlussreiches: Was junge Menschen unabhängig voneinander, aus verschiedenen Perspektiven und entlang unterschiedlicher Themen als wünschenswerte Zukunft entwerfen, verdichtet sich zu einem übergreifenden Zukunftsbild für die deutsche Außenpolitik. Im Folgenden werden die verbindenden Bausteine sichtbar gemacht, die diesem gemeinsamen Zukunftsbild zugrunde liegen.

## INKLUSIVE BETEILIGUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Getragen vom Leitsatz „Wir können es nur gemeinsam schaffen“ und in Abgrenzung zur passiven Repräsentation ist inklusive Beteiligung eine tragende Säule der deutschen Außenpolitik. Sicherheit entsteht aus einem inklusiven gesellschaftlichen Dialog, der individuelle Herausforderungen und Fähigkeiten berücksichtigt, Generationen gerecht einbindet und Verantwortung zwischen Staat und Individuen klar verteilt. Auch institutionelle Partizipation junger Menschen wird gestärkt, etwa durch neue Dialogformate. Mit diesem Wandel wird Außenpolitik nicht länger als technokratische, wenig transparente Sphäre gedacht. Sie betrifft alle und gehört allen. Zivilgesellschaft wird hierbei als gleichwertige, vielstimmige Partnerin anerkannt und einbezogen. Ebenso werden junge Menschen, als heterogene Gruppe und essentieller Teil der Zivilgesellschaft nicht nur mitgedacht, sondern proaktiv und in ihrer Vielfalt an Prozessen beteiligt. Folglich erleben junge Menschen Selbstwirksamkeit und sind über verschiedene Instrumente und Zugänge fest in die Prozesse eingebunden. Auch im Völkerrecht setzt sich dieser Gedanke fort: zivilgesellschaftliche Perspektiven gelten


als vollwertige Wissens- und Rechtsquellen. Ein partizipativer, gerechtigkeitsorientierter Prozess mit staatlichen wie nichtstaatlichen Akteur\*innen öffnet die bisher wenig zugängliche außenpolitische Sphäre.

## ERWEITERTER SICHERHEITSBEGRIFF UND GESELLSCHAFTLICHE RESILIENZ

Sicherheit zielt primär auf den Schutz der Gesellschaft und ihrer Mitglieder und schließt explizit die Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat gegen äußere wie innere Bedrohungen ein. Dieses positive, inklusive Sicherheitsnarrativ mit Fokus auf Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Solidarität bietet Orientierung in unsicheren Zeiten und stärkt Vertrauen. Alle Bürger\*innen haben einfachen Zugang zu Informationen und das Vertrauen, dass der Staat im Ernstfall vorbehaltlos hilft. Auf struktureller Ebene zeigt sich Resilienz in einer sicheren und für alle zugänglichen digitalen Infrastruktur sowie durch reduzierte kritische Abhängigkeiten (z.B. in Produktionskreisläufen oder bei Energie), aber auch in einem gesellschaftlichen Verständnis für Sicherheitsinvestitionen, welches Nullsummendenden überwindet und soziale Komponenten grundlegend mitdenkt.

## VERFLECHUNG VON INNEN- UND AUSSENPOLITIK: SOZIALE SICHERHEIT ALS FUNDAMENT

Eine Außenpolitik, die sozialen Zusammenhalt, Beteiligung und Kohärenz zwischen den Politikfeldern als zusammengehörige Bausteine begreift, schafft die Grundlage, auf der Sicherheit, Demokratie und internationale Verantwortung nachhaltig ruhen können. So werden Sicherheits- und Außenpolitik nicht losgelöst von gesellschaftlichen Realitäten gedacht. Ein starker Sozialstaat ist die strukturelle Grundlage für echte Beteiligung, da Beteiligung materielle Sicherheit voraussetzt. (Haushalts-) Politische Debatten erkennen die Verflechtung von Innen und Außen an. Anstatt Rüstung und Verteidigung gegen beispielsweise Soziales auszuspielen, wird Soziales als unerschütterliche Grundlage von Beteiligung und Sicherheit, ergänzt durch zukunftsfähige, solidarische



•

## Wer sich als Teil der Gesellschaft anerkannt und eingebunden fühlt, ist eher bereit, Verantwortung zu übernehmen.

•

Bildungspolitik, verstanden. Dahinter steht die Erkenntnis, dass ohne Zugehörigkeit, soziale Absicherung und gleichberechtigte Teilhabe kein tragfähiges Gemeinschaftsgefühl entstehen kann, welches wiederum eine zentrale Voraussetzung für Sicherheit und Demokratie ist. Wer sich als Teil der Gesellschaft anerkannt und eingebunden fühlt, ist eher bereit, Verantwortung zu übernehmen, sich in Krisenzeiten solidarisch zu verhalten und demokratische Institutionen zu verteidigen. Sicherheit und Demokratie sind damit nicht allein institutionell, sondern auch sozial und erfahrungsbasiert: Sie wachsen aus dem Gefühl, dazuzugehören, gehört und einbezogen zu werden. Daraus ergibt sich ein grundlegender Anspruch an die Gestaltung von Politik, welche die Kohärenz zwischen den Politikfeldern und die Anerkennung ihrer wechselseitigen Verflechtung als die Grundlage für eine zukunftsfähige Außenpolitik setzt. Themen wie Klima machen dies besonders deutlich, da Klimapolitik zugleich Sicherheitspolitik, Sozialpolitik, Migrationspolitik und Außenpolitik ist. Nur ein Politikverständnis, das diese Zusammenhänge konsequent mitdenkt, kann tragfähige Antworten liefern.

### **NORMATIV-WERTEBASIERTE AUSSENPOLITIK ALS HANDLUNGSPRINZIP**

Das Völkerrecht wird als normativer Maßstab des außenpolitischen Handelns verstanden. Es wird auf nationaler Ebene als normatives Handlungsprinzip in eine fest verankerte wertorientierte (feministische) Außenpolitik eingebettet, welche menschliche, ganzheitliche Sicherheit in den Vordergrund stellt. Auch wird Außenpolitik hierbei integriert mit anderen Politikfeldern gedacht. Durchgängig wird die Bereitschaft betont, für die Verwirklichung eigener Werte wirtschaftliche und politische Kosten zu tragen – sei es im Verhältnis zum Völkerrecht oder bei der Abwägung von Werten und Interessen in internationalen Partnerschaften. Dazu gehört eine ehrliche öffentliche Kommunikation darüber, was normativ geboten und tatsächlich umsetzbar ist, sowie die konsequente

Benennung von Völkerrechtsbrüchen, anstatt sich hinter diplomatische Unverbindlichkeit zu verstecken und selektiv unterschiedliche Maßstäbe an das eigene Handeln und das Handeln anderer Akteur\*innen anzulegen. Grundlegende Werte sind hierbei Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, die es zu schützen und zu verteidigen gilt, sowohl nach innen, etwa gegen Bedrohungen für Demokratie und Rechtsstaat, als auch nach außen. Eng damit verbunden ist (globale) Gerechtigkeit für alle und auf Augenhöhe, die als Fundament des Völkerrechts und als Ziel der internationalen Ordnung gilt. Dabei wird Frieden nicht mehr als bloße Abwesenheit von Krieg verstanden, sondern als ein aktiv zu schaffender positiver Zustand, der durch Abrüstung, Multilateralismus und friedliche Konfliktlösung erreicht werden kann. Solidarität und die wechselseitige Verbundenheit der internationalen Gemeinschaft bilden als Leitprinzipien die Grundlage internationaler Beziehungen auf Augenhöhe, während Inklusion und Diversität, feministisch, migrantisch, intersektional gedacht, als Werte gelten, die sowohl die Gestaltung von Außenpolitik selbst als auch ihre inhaltliche Ausrichtung prägen sollen. Menschliche Sicherheit ist der übergeordnete Bezugspunkt. Sind diese Werte auch nicht neu, ist es dennoch wichtig, immer wieder für ihre Einhaltung zu plädieren. Eine nachhaltige, zukunfts-gerechte Außenpolitik ist nur dann möglich, wenn diese Werte fortlaufend eingefordert und ganzheitlich sowie machtkritisch umgesetzt werden. Diese Werte sind dabei nicht additiv nebeneinander gedacht, sondern bilden gemeinsam den normativen Kompass, an dem sich außenpolitisches Handeln ausrichtet.



## DIVERSITÄT, POSTKOLONIALE REFLEXION UND GLOBALE PARTNERSCHAFTEN AUF AUGENHÖHE

Eine kritische Reflexion bestehender Machtverhältnisse und ein Bekenntnis zu Diversität sind die Grundlage außenpolitischer Praktiken. Dazu zählen die Aufarbeitung der europäischen Kolonialgeschichte, eine Öffnung für Reformansätze aus dem sogenannten Globalen Süden, die aktive Benennung und Überwindung von Ausgrenzungsmechanismen (innerstaatlich, an den Außengrenzen aber auch in den Institutionen auf lokaler, nationaler, supranationaler und internationaler Ebene) sowie feministische, migrantische und intersektionale Perspektiven. Auf der Ebene der internationalen Beziehungen zeigt sich dies in differenzierten, auf Augenhöhe gepflegten Partnerschaften mit middle powers, die von Gegenseitigkeit, Solidarität und einem Bewusstsein geteilter Probleme getragen werden und nicht nur von der eigennützigen Notwendigkeit Deutschlands, sich von den USA und China unabhängiger zu machen. Hierzu gehört u.a. eine faire und solidarische Arbeitsmigration und die Teilhabe von Menschen aus anderen Weltregionen am globalen Wohlstand, ebenso wie eine solidarische und gleichberechtigte Entwicklungszusammenarbeit. Mehr Vielfalt in entscheidenden Positionen bildet die Grundlage für die Ermöglichung dieser Vision.

## EUROPÄISCHE SOUVERÄNITÄT UND REFORM DER MULTILATERALEN ORDNUNG

Eine starke EU ist die Grundlage für eine nachhaltige deutsche Außenpolitik. Hierfür ist es notwendig, dass die EU kritische Abhängigkeiten reduziert und digitale wie energetische Souveränität ausbaut. Auch agiert die EU als Vertreterin universeller völkerrechtlicher Normen und bildet den Rahmen für vertiefte Kooperation bei u.a. Klima, Abrüstung, globaler Gesundheit und KI-Regulierung. Darüber hinaus muss auch das globale multilaterale System transformiert werden. Hierfür müssen die Vereinten Nationen grundlegend reformiert werden: repräsentativere Strukturen, gerechtere Zugänge, eine geringere Rolle des Vetorechts der P5, ein transformiertes Justizsystem mit gestärkten Mechanismen (der Gerichte, Völkerrechtskommission, Sanktions- und Nachverfolgungsmechanismen) sowie der Ausbau des Weltrechtsprinzips sind hierfür wichtige Schritte. Das Konzept der Souveränität selbst wird neu gedacht, weg von einer starren, staatenzentrierten Kategorie hin zu einem flexibleren, kosmopolitischen Ordnungsdenken, in dem Staatlichkeit als Voraussetzung für Völkerrechtssubjektivität relativiert wird. Folglich wird ein übergeordnetes Ziel für die (neue) internationale Ordnung deutlich: Kollektive Friedenssicherung wird gegenüber einzelstaatlichen Partikularinteressen priorisiert, um langfristig bewaffnete Konflikte durch konsequente Abrüstung und Demilitarisierung normativ und materiell unmöglich zu machen.

•

**Eine kritische Reflexion bestehender Machtverhältnisse und ein Bekenntnis zu Diversität sind die Grundlage außenpolitischer Praktiken.**

•

# 5. Fazit

## Visionen als Schlüssel für eine neue Außenpolitik

Visionen können verschlossene Türen öffnen. Unsere Studie Visionen als Schlüssel zu einer neuen Außenpolitik: Perspektiven aus der Generation Z(eitenwende) erprobt genau dieses Potenzial und bestätigt die Befunde der vorausgegangenen Fokusgruppenstudie. Eine Generation Z(eitenwende), die Außenpolitik fast ausschließlich als Abfolge von Krisen kennt, braucht mehr als laufende Lageberichte. Einerseits braucht sie die Vorstellung, dass eine andere Welt möglich ist – eine überzeugende gesellschaftliche Vision, die Gestaltungsspielräume aufzeigt. Andererseits sind ihre Erfahrungen, ihre Perspektiven und ihr Wissen besonders relevant für eine Neudefinition der deutschen Außenpolitik und für außenpolitische Zukünfte. Visionsprozesse wie unsere Studie schaffen diesen Raum. Sie ermöglichen Zukünfte jenseits des Status quo, stärken das Gefühl von Selbstwirksamkeit und machen sichtbar, was bisher kaum gehört wird. So bestätigen unsere Ergebnisse, dass dort, wo Visionen fehlen, entweder Zynismus entsteht oder der Deutungsraum von illiberalen Akteur\*innen besetzt werden kann. Es braucht in (außen-)politischen Prozessen daher mehr solcher Ansätze.

Durch die Sichtbarmachung der Perspektiven junger Menschen zeigt unsere Studie Wege zu einer inklusiveren, partizipativeren und transformationsfähigeren Außenpolitik auf. So machen alle Visionen deutlich, dass deutsche Außenpolitik gesamtgesellschaftlich getragen, demokratisch mitgestaltet, resilient, sozial abgesichert, normativ fundiert und selbstkritisch-divers sein sollte. Auch ist ihre Verankerung in eine gestärkte und souveräne EU essenziell. Zuletzt muss deutsche Außenpolitik in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft nicht nur ein Teil sondern aktive Gestalterin eines grundlegend reformierten, kosmopolitisch gedachten multilateralen Systems sein, das Frieden, Gerechtigkeit und die Bedürfnisse aller Menschen in den Mittelpunkt stellt.

•

**Eine Generation Z (eitenwende), die Außenpolitik fast ausschließlich als Abfolge von Krisen kennt, braucht mehr als laufende Lageberichte.**

•



## Danksagung

Am Erfolg dieses Projekts war eine Vielzahl von Personen und Institutionen beteiligt. Wir danken zuerst den jungen Teilnehmer\*innen der Fokusgruppen und Policy Labs für ihre Zeit und ihre Expertise – sei es in Bezug auf Außenpolitik und Deutschlands Rolle in der Welt oder mit Blick auf ihre eigenen Lebenswelten als junge Menschen in Deutschland. Für ihre thematischen Impulse im Rahmen der Policy Labs danken wir Helena Quis, Benjamin Baykal, Esther Kern, Leonie Stamm, Sandra Bandemer, Jonathan Lehrer und Rémy Weber. d|part und insbesondere Tobias Spöri und Lea Gronenberg danken wir für die gute Zusammenarbeit bei der Durchführung der Fokusgruppen. Aus unserem zivilgesellschaftlichen Sounding Board haben wir immer wieder wertvolle Impulse bekommen. Hierfür danken wir Melanie Weiser (Progressives Zentrum), Jonathan Lehrer (Körper-Stiftung), Axel Ruppert (Deutscher Gewerkschaftsbund), Lisa Höhn (More in Common), Alex Weber-Herrmann (Junge Europäische Föderalist\*innen) und Annika Seidel (Schwarzkopf-Stiftung). Auch möchten wir Nila Sarabi herzlich für ihr kompetentes Projektmanagement und die engagierte Zusammenarbeit danken.

Dieses Projekt wurde ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung der Otto-Wolff-Stiftung und der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Beiden möchten wir auch an dieser Stelle herzlich danken.

Gefördert durch:



**Otto Wolff Stiftung**



## Über die Autor\*innen

**Lena Wittenfeld** ist Co-Präsidentin von Polis180. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Uni Bielefeld und promoviert in der kritischen politischen Theorie zu feministischer Außenpolitik.

**Etienne Höra** ist Co-Präsident von Polis180. Er arbeitet als Experte für Handelspolitik und Geoökonomie im Europaprogramm der Bertelsmann Stiftung.

# Impressum

Berlin, Juni 2026

**Veröffentlicht von Polis180 e.V.**

**Vertreten durch**

Lena Wittenfeld | Präsidentin

Etienne Höra | Präsident

Jona Grimm | Schatzmeister

**Herausgeber**

Polis180 e.V.

Am Sudhaus 2

12053 Berlin

Deutschland

Copyright 2026 Polis 180 e. V. All rights reserved.

**Vereinsregister:**

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg

Registernummer: VR 34523

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer: DE342050260

**Layout und Illustrationen**

minkadu Kommunikationsdesign | [www.minkadu.de](http://www.minkadu.de)

**Fotos**

Vivian Hagedorn, Etienne Höra, Nila Sarabi,

Cara Thielen und Lena Wittenfeld von Polis180

**Mehr zum Projekt unter**

[www.polis180.org](http://www.polis180.org)

